




Jeder dritte Ostdeutsche wird bereits 2030 über 64 Jahre alt sein

Jeder dritte Ostdeutsche wird bereits 2030 über 64 Jahre alt sein
Die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern wird in den kommenden 20 Jahren trotz Nettozuwanderung stark altern. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Grundlage der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern mitteilt, wird der Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung der neuen Länder von 24 % im Jahr 2013 bereits bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf mindestens 32 % steigen. Danach wird er bis zum Jahr 2060 nur geringfügig auf mindestens 34 % zunehmen. Im übrigen Bundesgebiet wird der Anteil der über 64-Jährigen deutlich langsamer steigen und erst um 2060 ein vergleichbares Niveau von über 30 % erreichen. Zugleich wird die Bevölkerungszahl in den ostdeutschen Flächenländern von 12,5 Millionen im Jahr 2013 auf etwa 9 Millionen im Jahr 2060 kontinuierlich sinken (- 26 %). Besonders stark wird dabei die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (von 20 bis 64 Jahren) von rund 8 auf rund 5 Millionen abnehmen (- 40 %). Bei Annahme einer schwächeren Zuwanderung aus dem Ausland würde die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 2013 und 2060 sogar um 44 % auf 4 Millionen zurückgehen. Für das übrige Bundesgebiet zeigt die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung eine stetigere demografische Entwicklung. In den westlichen Flächenländern ist demnach mit einem leichten Bevölkerungszuwachs von 1 bis 2 % bis Anfang der 2020er Jahre zu rechnen. Anschließend wird die Bevölkerungszahl allmählich sinken und im Jahr 2060 - je nach Stärke der Zuwanderung - mit 53 beziehungsweise 57 Millionen um 15 % beziehungsweise 8 % geringer sein als im Jahr 2013 (62 Millionen). Die Anzahl der 20- bis 64-Jährigen wird dabei um 29 % beziehungsweise 21 % zurückgehen. Die Bevölkerungszahl in den Stadtstaaten würde - unter der Annahme stärkerer Zuwanderung - bis Ende der 2040er Jahre voraussichtlich sogar um 11 % im Vergleich zu 2013 auf 6,5 Millionen zunehmen und dann bis 2060 relativ stabil bleiben. Bei schwächerer Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl bis 2028 um 6 % wachsen und anschließend bis 2060 auf knapp 6 Millionen zurückgehen. Die Anzahl der 20- bis 64-Jährigen wird in den Stadtstaaten bis 2060 relativ moderat jeweils um 6 % beziehungsweise 17 % sinken. Diesen Ergebnissen liegen zwei Szenarien der zukünftigen Entwicklung zugrunde. Solche langfristige Bevölkerungsvorausberechnungen sind keine Prognosen. Sie liefern Wenn-Dann-Aussagen und zeigen, wie sich die Bevölkerung und deren Struktur unter bestimmten Annahmen verändern würden. Die Hypothesen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern leiten sich von den folgenden Annahmen für die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland ab: eine jährliche Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau bei einem steigenden durchschnittlichen Alter der Frau bei der Geburt des Kindes, ein Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt bis 2060 um 7 Jahre (Männer) beziehungsweise 6 Jahre (Frauen) sowie zwei Annahmen zur Höhe des Wanderungssaldos mit dem Ausland. Die erste Annahme geht von einem Abflachen der anfangs sehr hohen jährlichen Nettozuwanderung von 500 000 auf 100 000 Personen innerhalb von 6 Jahren bis zum Jahr 2021 aus. Anschließend bleibt der Wanderungssaldo bei 100 000 Personen pro Jahr. In der zweiten Annahme sinkt der jährliche Wanderungssaldo bis zum Jahr 2021 auf 200 000 Personen und verfestigt sich dann auf diesem Niveau. In allen Unterlagen sowie im Internet-Angebot von Destatis werden diese Varianten als "Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung" (Variante 1) und "Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung" (Variante 2) bezeichnet. Eine Binnenwanderung zwischen den Bundesländern wird in der Bevölkerungsvorausberechnung bis 2039 berücksichtigt. Ab dem Jahr 2040 wird in der Modellrechnung keine Binnenwanderung mehr angenommen. Die Ergebnisse sind für die einzelnen Bundesländer und Ländergruppen aufgrund der inhaltlich und methodisch konsistenten Annahmen und gleichen Berechnungsverfahren untereinander vergleichbar. Weitere Auskünfte gibt: Olga Pötzsch
Telefon: +49 611 75 3304
 http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=596108

Pressekontakt

Statistisches Bundesamt

65189 Wiesbaden

Firmenkontakt

Statistisches Bundesamt

65189 Wiesbaden

Das Statistische Bundesamt ist der führende Anbieter amtlicher statistischer Informationen in Deutschland. Wir sind rund 2 400 Beschäftigte, die in Wiesbaden, Bonn und Berlin statistische Informationen erheben, sammeln, aufbereiten, darstellen und analysieren. Wir liefern die statistischen Informationen, die notwendig sind für die Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft und die Entscheidungsprozesse in der Marktwirtschaft. Wir garantieren, dass unsere Einzeldaten neutral, objektiv sowie wissenschaftlich unabhängig sind und vertraulich behandelt werden. Unsere Leistungsfähigkeit beruht auf der Kompetenz und Kundenorientierung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In Wiesbaden betreiben wir die größte Spezialbibliothek für Statistik in Deutschland. Das Statistische Bundesamt ist eine selbstständige Bundesoberbehörde. Es gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, das die Dienstaufsicht ausübt. Wichtige organisatorische, personelle und finanzielle Fragen kann das Statistische Bundesamt nur mit Zustimmung des Bundesministeriums des Innern entscheiden. Die Fachaufsicht führen die Bundesministerien, die für die jeweiligen Statistiken zuständig sind. Sie müssen sicherstellen, dass die Statistiken so durchgeführt werden, wie es der entsprechende Rechtsakt anordnet. Bei der eigentlichen fachstatistischen Arbeit, nämlich der methodischen und technischen Vorbereitung und Durchführung von Statistiken, sind wir unabhängig und nicht weisungsgebunden.